

Flughafen Köln

Die Landesregierung habe den geplanten Ausbau des Kölner Flughafens begrüßt und werde diesen Ausbau weiter unterstützen. Sie werde sich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß bei der Realisierung der Ausbaupläne die Belange der Flughafenwohner und des Umweltschutzes gebührend berücksichtigt würden. Dabei seien die Erfordernisse des jeweils anzuwendenden Verfahrensrechts, wie zum Beispiel des Luftverkehrsrechts, des Baurechts des Naturschutz-, Landschaftsschutz-, Forst- und Wasserrechts zu beachten. Hierüber bestehe mit dem Regierungspräsidenten in Köln Übereinstimmung. Das teilt Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Dr. Ottmar Pohl mit (Drs. 10/4830 und 10/4699).

Kulturstiftung...

Fortsetzung von Seite 11

Nach Ansicht des Ausschußvorsitzenden bleibe ein ungeklärtes Feld der Abgrenzung zu den Mitteln, die der Kultusminister bei Spitzenleistungen (zum Beispiel Ausstellungen, Inszenierungen, Kooperationen) verwalte. Die personelle Verzahnung zwischen der Exekutive der Stiftung und dem Kultusministerium schein ihm ein notwendiges pragmatisches Mittel zu sein, um eine vernünftige Koordinierung zu erreichen. Seines Erachtens könne es nicht damit seine Bewandnis haben, daß einzelne Mitglieder des gegenwärtigen Kulturausschusses für die nächsten Jahre Mitglied im Kuratorium der Stiftung seien. Es sei auch zu fragen, wie weit das Anhörungsrecht des Parlaments, für das der Kulturausschuß sachbezogener Gesprächspartner sei, sichergestellt werden könne. Eine Verzahnung zwischen der Zuständigkeit des Ausschusses und den ausführenden Organen der Kulturstiftung, insbesondere bei den großen Projekten, sei dringend notwendig.

Im Anschluß an diese Diskussion trug der Ministerpräsident seine Vorstellungen zu einer Filmstiftung NRW vor, die gleichfalls Gegenstand ausführlicher Beratung im Ausschuß waren. Die Gründung einer Filmstiftung wurde für den Sommer dieses Jahres in Aussicht gestellt.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: # 5 68 01*

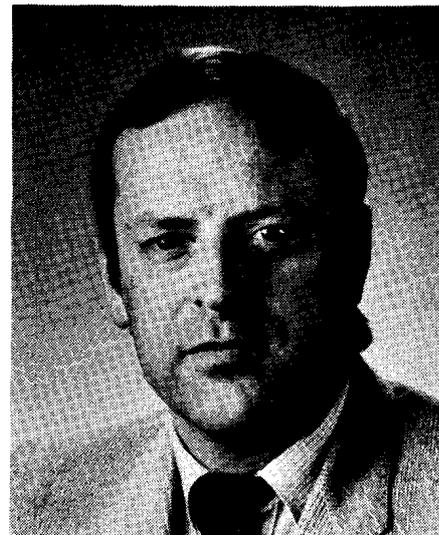
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Dr. Bernd Brunemeier (SPD)

Er liest gern die Klassiker der deutschen Literatur, und wenn er als Beispiele zwei Namen nennt, sind es Gotthold Ephraim Lessing und Heinrich Heine. Das ist kein Zufall, beide haben eins gemeinsam: sie kämpften in ihren Werken für den Gebrauch der kritischen Vernunft und eine unvoreingenommene Toleranz zwischen den Menschen. Der Bielefelder SPD-Landtagsabgeordnete Bernd Brunemeier hat Germanistik studiert, und seine Promotion zum Dr. phil. erlangte er über die klassische deutsche Literatur. Bis zu seiner Wahl in den Düsseldorfer Landtag 1980 als Studienrat an einem Gütersloher Gymnasium tätig, bedauert er es heute, nur noch ein „bißchen Zeit“ zu haben für sein Hobby, eben die Literatur.

Der gebürtige Ostwestfale vom Jahrgang 1943 hatte nach dem Volksschulbesuch allerdings zunächst einen Handwerksberuf erlernt und war Werkzeugmacher geworden. Über den sogenannten zweiten Bildungsweg schaffte er dann die Mittlere Reife und innerhalb von nur zweieinhalb Jahren auch das Abitur. Obwohl Bernhard Brunemeier aus einem alten sozialdemokratischen Elternhaus stammt, war es nicht die „Tradition“, die ihn 1970 in die SPD führte. Es war vielmehr die „demokratische Erneuerung, der allgemeine Aufbruch“ unter Willy Brandt, erinnert er sich heute. Zudem interessierte ihn die örtliche Politik. So gehört das Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) seit 1973 der Bezirksvertretung Brackwede an, seit zehn Jahren ist er Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Als der Direktkandidat des Wahlkreises 107, Bielefeld III, 1980 in den Landtag rückte, berief ihn seine Fraktion in den Ausschuß für Schule und Weiterbildung. Dort gilt er seitdem als engagierter Befürworter einer vielfältigen, offenen Schullandschaft ebenso wie eines uneingeschränkten Elternrechts. Für ihn ist die große Leistungsfähigkeit des differenzierten Schulwesens in Nordrhein-Westfalen die Voraussetzung für die Erneuerung des Landes. Ohne eine „Bil-

dungsoffensive“ sei es nicht denkbar, die ökonomischen wie ökologischen Herausforderungen zu lösen. Die verschiedenen Schulformen seien Angebote an die Eltern, die selbst darüber entscheiden sollten, welcher schulische Weg für ihre Kinder der richtige sei.

Vehement plädiert Bernhard Brunemeier in diesem Zusammenhang dafür, daß sich die Schulpolitik des Landes angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen und gestiegenen beruflichen Anforderungen an die Jugendlichen stärker mit den Bildungsinhalten aller Schulen befassen müsse. Wir brauchen eine „Lernziel-Diskussion“. Wenn die Jugendlichen die komplizierte Struktur in einer demokratischen Gesellschaft nicht mehr verstünden, drohe die Gefahr ihrer Verweigerung und Zuwendung vom Radikalismus. Auch müsse der Staat eine glaubwürdige Antwort darauf geben, wie er die bedrohten natürlichen Lebensgrundlagen erhalten wolle und könne. „Sonst verfluchen uns eines Tages die Kinder.“

Das Interesse des Ostwestfalen gilt denn auch der Umweltschutzpolitik. Nach seiner Ansicht müsse sich „mehr herumsprechen“, daß die vom Land Nordrhein-Westfalen betriebene ökologische Erneuerung auch die „Wirtschaftsförderung von morgen“ sei. Beide Bereiche, Umweltschutz und Wirtschaft, könne man heute nicht mehr voneinander trennen.

Der SPD-Abgeordnete sieht sich den Bürgern seines Bielefelder Wahlkreises besonders verpflichtet. Dabei wird von Wählern wie Parlamentskollegen dessen Bemühen um Fairneß und Objektivität besonders geschätzt. Jochen Juretko